



Presseschau vom 06.01.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*.

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: „Vollständig unter CIA-Kontrolle“: USA setzen in Afghanistan auf den Einsatz von Todesschwadronen

Die USA stehen in Afghanistan auf verlorenem Posten. Verzweifelt versuchen sie, eine endgültige Niederlage abzuwenden und setzen auf afghanische paramilitärische Einheiten. Die werden von US-Spezialeinheiten kommandiert und haben es vor allem auf die Zivilbevölkerung abgesehen. ...

<https://kurz.rt.com/2dxv>

Arkadi Shtaev: Die tragende Rolle grüner Transatlantiker im Kampf gegen Peking: China wird zum neuen Feindbild

Chinas politischer und wirtschaftlicher Einfluss in der Welt wächst weiter an. Das treibt insbesondere denjenigen Kräften in Politik und Medien die Sorgenfalten auf die Stirn, die den globalen Führungsanspruch der USA anerkennen – und daher bestrebt sind, China als neues Feindbild zu etablieren. Vorneweg einstige Maoisten von Bündnis 90/Die Grünen. ...

<https://kurz.rt.com/2dwt>

abends/nachts:

deu.belta.by: **Ukraine nimmt Stromimporte aus Belarus wieder auf**

Die Ukraine hat ab Januar 2021 die Stromimporte aus Belarus in die Handelszone des Vereinigten Energiesystems der Ukraine wieder aufgenommen.

Am 3. Januar, um 1:00 Uhr nachts, begannen die Stromimporte aus Belarus, die sich auf 3,45 Tsd. MWh beliefen. Am Montag, dem 4. Januar, dauerten die Importe in dieselbe Richtung einen ganzen Tag und betrugen 3,96 Tsd. MWh. Es gab keine Importe aus der russischen Richtung.

vormittags:

telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 5. Januar 2021 wurden keine Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

snanews.de: **Maas: Rückschläge für atomare Abrüstung „äußerst gefährlich“**

Die Anstrengungen für eine atomwaffenfreie Welt haben in den letzten Jahren schwere Rückschläge erlitten. Laut dem Bundesaußenminister Heiko Maas ist das besorgniserregend, berichtet dpa am Mittwoch.

„Ich halte diesen Trend für äußerst gefährlich“, sagte der Minister vor seinem Abflug nach Jordanien. Am Mittwoch findet dort eine Abrüstungskonferenz unter Teilnahme von 15 Ländern statt.

„Abrüstung und eine nuklearwaffenfreie Welt sind und bleiben für Deutschland Kernanliegen – nicht zuletzt auch deshalb, weil die Sicherheit Europas hiervon abhängt“, erklärte der Politiker.

Maas zufolge muss die entstandene Stagnation überwunden werden; man müsse „wieder in die Spur effektiver nuklearer Rüstungskontrolle und Abrüstung zurückfinden“. Zu diesem Zweck wurde 2019 die sogenannte Stockholm-Initiative gegründet. An dieser Konferenz in Amman werden nur Maas, die Außenminister Jordaniens und Schwedens physisch teilnehmen, Vertreter anderer Länder werden online dabei sein.

Die Zahl der Atomwaffen weltweit wächst heute wieder. 2019 endete der INF-Vertrag im Mittelstreckenbereich zwischen Moskau und Washington. Der zweite Abrüstungsvertrag zwischen ihnen läuft am 5. Februar aus, eine Verlängerung ist noch nicht auf dem Weg. Dazu kommt die Modernisierung der bestehenden Atomwaffen-Arsenale und die Gefahr, dass neue Atomkräfte entstehen.



https://cdn.snanews.de/img/07e4/0c/02/50815_0:0:3072:1728_1440x0_80_0_0_9c1eb8a8062d8d495fb96902d1915035.jpg

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung für den Zeitraum vom 5. Januar 3:00 Uhr bis 6. Januar 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feueinstellung von Seiten der BFU 3.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

Richtung Donezk: automatische Granatwerfer – einmal (5 Granaten); Antipanzergrenatwerfer – einmal (2 Granaten); Schusswaffen.

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich folgende Bezirke/Ortschaften:

Mineralnoje, Spartak, Jakowlewka.

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 7.

In den vorangegangenen 24 Stunden wurden drei Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

snanews.de: „Akademik Cherskiy“ erreicht Baustelle von Nord Stream 2

Das russische Rohrlegeschiff „Akademik Cherskiy“ ist an den noch nicht fertiggestellten Abschnitt der Gaspipeline Nord Stream 2 zurückgekehrt. Das geht aus Angaben des Schiffsverfolgungssystems MarineTraffic hervor.

Die Verlegung des letzten unfertigen Abschnitts in dänischen Gewässern soll am 15. Januar beginnen. Es ist geplant, die zwei Schiffe „Fortuna“ und „Akademik Cherskiy“ einzusetzen. Der Pipelayer hatte bereits Anfang Dezember mehrere Tage im Gebiet der dänischen Insel Bornholm verbracht, wo sich dieser Abschnitt befindet. Dann nahm er Kurs auf Kaliningrad, wo er fast einen Monat vor Anker lag.

Der Festlandabschnitt der Gasleitung ist fertiggestellt; gebaut wird noch in den deutschen, danach in den dänischen Ostsee-Gewässern. Es sei das letzte Stück vor dem Ziel, so Jelena Burmistrowa, Geschäftsführerin von Gazprom Export....



https://cdn.snnews.de/img/07e4/0c/13/222234_0:160:3072:1888_1440x0_80_0_0_74d485279c7ee0fc207fb45bd31cf752.jpg

Lug-info.com: In der LVR sind am 5. Januar um 9:00 Uhr 2164 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt.

Davon wurden bis 1794 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen.

Seit Beginn der Pandemie gibt es 187 Todesfälle.

ukrinform.de: **Charkiw: Pharmaunternehmen „Biolik“ beantragt Zulassung des russischen Impfstoffs**

Das Pharmaunternehmen „Biolik“ aus Charkiw hat eine Zulassung für den russischen Impfstoff Gam-COVID-Vac vom Moskauer Gamaleja-Institut beantragt.

Das Unternehmen teilte darüber auf seiner Internetseite mit. „Biolik“ zufolge war ein entsprechender Antrag am 31. Dezember beim Gesundheitsministerium der Ukraine eingereicht. Es gibt keine weiteren Kommentare von "Biolik".

Am 8. Dezember berichteten einige Medien in der Ukraine unter Berufung auf den staatlichen Fonds Russlands für Direktinvestitionen, der die Sputnik-Entwicklung finanziert, dass „Biolik“ die Vakzin Gam-COVID-Vac schon produziert. Eine Quelle der Nachrichtenagentur Ukrinform in Sicherheitsbehörden dementierte diese Berichte und nannte sie eine „weitere Provokation des Aggressor-Landes“. Das Unternehmen erklärte dann, es seien keine Verträge unterschrieben worden und habe keinen Technologietransfer für die Herstellung der Vakzin Sputnik V gegeben. „Biolik“ sei technisch imstande, Impfstoffe gegen das Coronavirus herzustellen, wenn sie jedoch zugelassen werden.

мздр.рус: Am 5. Januar wurden in der DVR 601 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 234 positiv, bei 68 Patienten wurde die Diagnose COVID-19 klinisch gestellt.

Am 6. Januar um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 15.870 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

5206 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 9241 als gesund entlassen, es gibt 1423 Todesfälle.

nachmittags:

snews.de: **USA nennen Ziel „russischen Hackerangriffs“ auf föderale Behörden**
US-Geheimdienste behaupten, bei einem massiven Hackerangriff auf US-Behörden im Dezember sei versucht worden, Aufklärungsdaten zu sammeln. Die Attacke sei „mutmaßlich von Russland aus vorgenommen“ worden. Das geht aus einer am Dienstag veröffentlichten Erklärung der Agentur für Cybersicherheit und Infrastruktursicherheit der USA (CISA) hervor.

„Der Ausführer des zielgerichteten Cyberangriffs stammt wahrscheinlich aus Russland. Er ist für eine überwiegende Mehrheit von Cyberattacken beziehungsweise alle vor kurzem ermittelten Cyberattacken sowohl gegen die Regierungsnetze als auch gegen nichtstaatliche Netze verantwortlich“, heißt es weiter.

„Wir sind im Augenblick der Meinung, dass die Cyberattacke ein Versuch gewesen ist, Aufklärungsdaten zu gewinnen (...). Wir unternehmen alle notwendigen Schritte, um das Ausmaß dieser Aktivitäten voll abzuschätzen und eine angemessene Antwort zu geben“, heißt es in der Erklärung zu den Ergebnissen der Arbeit, die die Agentur für nationale Sicherheit, das FBI, die CISA und die Verwaltung für Nationale Aufklärung gemeinsam durchgeführt haben sollen.

Die US-Geheimdienste haben festgestellt, dass es nicht bei allen 18.000 betroffenen Kunden der Firma SolarWinds verdächtige Aktivitäten in den Netzwerken gegeben habe. „Wir haben weniger als zehn US-Regierungsbehörden entdeckt, die in diese Kategorie gehören, und arbeiten nun daran, nichtstaatliche Organisationen, die ebenfalls betroffen sein könnten, zu ermitteln und sie darüber in Kenntnis zu setzen“, so die Erklärung.

Die Autoren der Erklärung haben das Geschehene als einen „ernsthaften Einbruch“ bezeichnet, der ständige und zielgerichtete Bemühungen für die Beseitigung seiner Folgen

notwendig mache.

Im Dezember war über einen großangelegten Cyberangriff auf die Kunden der Firma SolarWinds berichtet worden. Die Attacke war von der IT-Sicherheitsfirma FireEye aufgedeckt worden. Betroffen waren zahlreiche Regierungsbehörden der USA.

Wie US-Außenminister Mike Pompeo erklärte, könnte Russland an den Cyberangriffen teilgenommen haben. Später äußerte US-Präsident Donald Trump die Vermutung, dass China hinter den Attacken gestanden haben könnte. Trump sagte zudem, das Ausmaß des Angriffs sei von den Medien stark übertrieben worden.

Wie der Pressesprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, sagte, hat Moskau damit nichts zu tun. Er erinnerte daran, dass Russland Washington wiederholt vorgeschlagen hatte, den Dialog über Cybersicherheit wiederaufzunehmen. Darauf sei eine „kategorische Absage“ gefolgt.

Armijadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 6. Januar 2021**

In den letzten 24 Stunden haben die bewaffneten Formationen der Ukraine **dreimal den Komplex von Zusatzmaßnahmen zur Kontrolle der Einhaltung des Waffenstillstands verletzt**.

In **Richtung Donezk** haben Kämpfer des 3. mechanisierten Bataillons der 72. Brigade der BFU in Verletzung des zweiten Punkts der Zusatzmaßnahmen zweimal das Feuer mit Antipanzer- und automatischen Granatwerfern sowie Schusswaffen in Richtung **Mineralnoje, Spartak** und **Jakowlewka** eröffnet und insgesamt sieben Granaten auf das Territorium der Republik abgefeuert.

Seit Beginn des heutigen Tages wurden vier Verstöße festgestellt. So wurden in **Richtung Donezk** von den Positionen des 37. Panzergrenadierbataillons der 56. Brigade der BFU im Gebiet von Opytnoje 12 120mm-Mörsergeschosse und sechs 82mm-Mörsergeschosse in **Richtung des Terminals des Donezker Flughafens** abgefeuert.

In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer eines Marineinfanteriebataillons der 36. Brigade der BFU von den Positionen im Gebiet von Talakowka das Gebiet von **Kominternowo** mit automatischen Granatwerfern beschossen.

Außerdem haben unsere Beobachter eine Verletzung des ersten Punkts der Zusatzmaßnahmen, nämlich die **Durchführung von Befestigungsarbeiten** zur zusätzlichen Ausrüstung von Positionen durch den Gegner in den Gebieten von Wodjanoje und Awdejewka festgestellt, wobei zwei bzw. vier Detonationen registriert wurden.

Die Verteidiger der Republik sind auf die Feuerprovokationen nicht eingegangen, setzen die Beobachtung des Gegners fort und halten dabei streng den geltenden Waffenstillstand ein. Die Verstöße wurden den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK operativ zur Kenntnis gegeben, um die Fälschung von Berichtsdaten über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer zu verhindern und Maßnahmen gegen die Schuldigen zu ergreifen.

In Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen wurde in den letzten 24 Stunden die **Stationierung von zwei Schützenpanzern** aus dem Bestand der 53. mechanisierten Brigade der BFU am westlichen Rand von Bogdanowka festgestellt.

Außerdem wurde festgestellt, dass in den Verantwortungsbereichen der 53. mechanisierten Brigade und der 36. Marineinfanteriebrigade der BFU im Gebiet von Lebendinskoje, um zu verhindern, dass Drohnen der OSZE-Mission die verbotenen Waffen entdecken, eine mobile Gruppe einer Kompanie für elektronische Kriegsführung der 36. Brigade aktiv ist, die die Aufgabe hat, mit einer Station „Bukowel-AD“ die Leitungs- und Navigationskanäle der OSZE-Mission zu blockieren.

Mit Beginn der Neujahrsfeiertage haben wir eine **Zunahme der Zahl von Beschwerden von Einwohnern**, die auf den zeitweilig von Kiew kontrollierten Territorien leben, über

Verbrechen, die Soldaten der BFU gegen sie begangen haben, festgestellt. Unter Nutzung des Umstands, dass viele Bürger die Feiertage mit ihren Verwandten in großen Städten begehen, rauben Plünderer in Uniform aktiv Häuser in Sommerhaussiedlungen und Dörfern aus. Zahlreiche Beschwerden an die Rechtsschutzorgane und die Bezirksverwaltungen sind wie zu erwarten ohne Aufmerksamkeit geblieben, weil die Staatsorgane direkt dem Kommando der OOS unterstellt sind, das seine Verbrecher deckt. Gemäß einer Analyse der Verbrechen von ukrainischen Soldaten gegen Zivilisten wurde im vergangenen Jahr und zu Beginn dieses Jahres kein einziges Strafverfahren eröffnet und kein einziger Funktionsträger wurde bestraft. Aber da sie dennoch fürchten, dass die Information über die Zunahme von Verbrechen und die Deckung von Plünderern außerhalb der OOS-Zone bekannt wird, nutzt das Kommando der Strafruppengruppierung aktiv das Zentrum für militärisch-zivile Zusammenarbeit, dessen Tätigkeit auf den Aufbau angeblich partnerschaftlicher Beziehungen zwischen den ukrainischen Streitkräften und der Zivilbevölkerung gerichtet ist. Gestern wurde festgestellt, dass Mitarbeiter des Zentrums im Verantwortungsbereich der 72. Brigade im Gebiet von Awdejewka gearbeitet haben und heute in der 53. Brigade im Gebiet von Wolnowacha. Ein solch operatives Herangehen hängt mit dem kritisch geringen Niveau des Vertrauens der Bevölkerung zur militärischen Führung dem Anwachsen von Proteststimmungen zusammen. Gleichzeitig trägt die **ungeordnete Installation von Minensperren** in den Verantwortungsbereichen der Verbände traurige Früchte für die Kommandeur der Brigaden. So war der 5. Januar ein „schwarzer Dienstag“ für den Kommandeur der 36. Brigade Gnatow, nachdem berichtet worden war, dass ein Auto vom Typ Kras, das Munition auf die Positionen brachte, auf eine Mine geraten war. Bei einer vorläufigen Untersuchung wurde bekannt, dass der Kommandant des Fahrzeugs bei der Lieferung von 120mm- und 82mm-Mörsergeschosse auf die Positionen dem Fahrer befohlen hatte, den Weg zu den Positionen abzukürzen von und von Haupttroute abzuweichen. Bei der Zufahrt zu den Positionen im Gebiet von Talakowka geriet das Auto mit dem Personal, das die Ladung transportierte, auf eine Mine. Dabei starben drei Soldaten und die Leiche eines vierten wird bis jetzt gesucht. Inzwischen ist das Gebiet des Vorfalls abgeriegelt, vor Ort arbeiten Pioniere, um die explosiven Fragmente der Geschosse zu entschärfen.

de.rt.com: **Julian Assange wird nicht auf Kautio n freigelassen**

Nachdem am Montag ein britisches Gericht in London den Auslieferungsantrag der USA für den WikiLeaks-Gründer Julian Assange abgelehnt hatte, wurde heute über dessen Freilassung aus dem Hochsicherheitsgefängnis Belmarsh verhandelt. Washington warnte unterdessen London vor diesem Schritt.

Im Prozess gegen Julian Assange hatten die USA vor einer Freilassung des WikiLeaks-Gründers gegen Kautio n gewarnt. „Er hat gezeigt, dass er sehr viel auf sich nehmen kann, um einer Auslieferung zu entgehen“, sagte die US-Vertreterin vor Gericht, Clair Dobbin, am Mittwoch in London. Die Anwältin verwies auf Assanges Flucht in die Botschaft von Ecuador sowie auf Hilfs- und Asylangebote vor allem lateinamerikanischer Staaten, wie jüngst von Mexiko. Die Verteidigung hat beantragt, den 49-Jährigen gegen Kautio n freizulassen. Dobbin meinte, Assange habe das Vertrauen derjenigen ausgenutzt, die sich auf ihn verlassen hätten. Er betrachte sich als über dem Gesetz stehend.

Der Anwalt von Julian Assange wies diese Behauptung der US-Vertreterin zurück. Sein Mandant habe keinen Grund, aus dem Land zu fliehen, sondern vertraue dem ordnungsgemäßen Verfahren in Großbritannien. Außerdem betonte Fitzgerald die persönliche Situation des gebürtigen Australiers.

„Es ist die erste Möglichkeit, mit seinen jungen Kindern zusammenzuleben.“

Assange war während seines jahrelangen Asyls in der ecuadorianischen Botschaft in London Vater zweier Kinder geworden. Assange sitzt seit 15 Monaten in London in Haft. Er solle nun wenigstens seine "bedingte Freiheit" wiedererhalten, forderte der Anwalt.

Am Mittwoch entschied nun das Gericht, Assange nicht gegen eine Kautionsfreizulassung. Bereits vor zwei Tagen erklärte der mexikanische Präsident Andrés Manuel López Obrador, dass sein Land dem WikiLeaks-Gründer politisches Asyl gewähren würde, um ihn zu "schützen".

Nils Melzer, UN-Sonderberichterstatter über Folter sagte zur Entscheidung des britischen Gerichts vom Montag gegenüber RT:

„Würde es sich anstelle von Assange um einen Journalisten handeln, der keine oder weniger gravierende gesundheitliche Probleme hat, könnte er aufgrund derselben Anklagepunkte seitens der USA durchaus an diese ausgeliefert werden. Damit bleibt deren Narrativ der Einschüchterung investigativer Journalisten weiterhin bestehen.“

Auch das Verhalten der Regierungen sowie der zuständigen Organe Großbritanniens, Schwedens und Ecuadors, insbesondere in diesem Fall Assange, ist für Nils Melzer nach wie vor ein Grund zur Besorgnis.



<https://cdn.rtt.com/deutsch/images/2021.01/article/5ff59857b480cc3c242da6cb.jpg>

snanews.de: **Russischer Corona-Impfstoff Sputnik V erobert die Welt**

Venezuela und Bolivien haben gerade nachgeordert, Indien bestellt 100 Millionen Dosen und will weitere 100 Millionen selbst in Lizenz produzieren. Der russische Corona-Impfstoff Sputnik V boomt. So sehr, dass nun sogar der Westen vom „Sputnik-Faktor“ profitieren will. Venezuela und Bolivien haben ihre Verträge mit der Russischen Föderation Verträge über die Lieferung des russischen Covid-19-Impfstoffs Sputnik V noch einmal erweitert. An Venezuela sollen nun zehn Millionen Dosen und an Bolivien 5,2 Millionen Impfdosen Sputnik V gehen.

Phase III mit internationaler Beteiligung

Venezuela war eines der Länder, in denen der russische Vektor-Impfstoff gegen das neuartige Coronavirus bereits im Herbst in der dritten Studienphase an Tausenden Probanden getestet wurde. Insgesamt nahmen knapp 44.000 Probanden an der entscheidenden Studie der Phase III zum Test des Impfstoffs teil. Russland hatte "Sputnik V" bereits im August als weltweit ersten Corona-Impfstoff zugelassen. Die Wirksamkeit des Impfstoffes beim Schutz vor Covid-19 wird von den Entwicklern des Gamaleya Research Institute in Moskau mit 92 Prozent angegeben.

Reges Interesse an Sputnik V

Die hohe Wirksamkeit des russischen Impfstoffs scheint auch andere Länder zu überzeugen. Laut Statista, einem Online-Portal für Statistik, will Mexiko 32 Millionen Dosen des russischen Covid-19-Vakzins importieren. Indien hat bereits hundert Dosen Sputnik V bestellt und mit Russland einen Vertrag über die Lizenzherstellung von weiteren hundert Millionen Dosen des russischen Impfstoffs in Indien unterzeichnet. Indien spielte bereits bei der

internationalen, unabhängigen Testung des russischen Impfstoffs in der klinischen Phase eine Schlüsselrolle.

Insgesamt haben bereits mehr als 50 Länder weltweit Sputnik V in Russland bestellt. Neben Indien ist Brasilien mit 50 Millionen Dosen ein Hauptabnehmer des russischen Impfstoffes. Aber auch Ägypten, Mexiko, Nepal oder Usbekistan haben Millionen Dosen Sputnik V geordert.

	Ordered from Russia	Agreed with Russia on domestic production of the vaccine**
Argentina	10	-
Bolivia	2.6	-
Brazil*	50	-
China*	-	-
Egypt	25	-
India	100	100
Kazakhstan	2	2
Mexico	32	-
Nepal	25	-
Republic of Korea	-	150

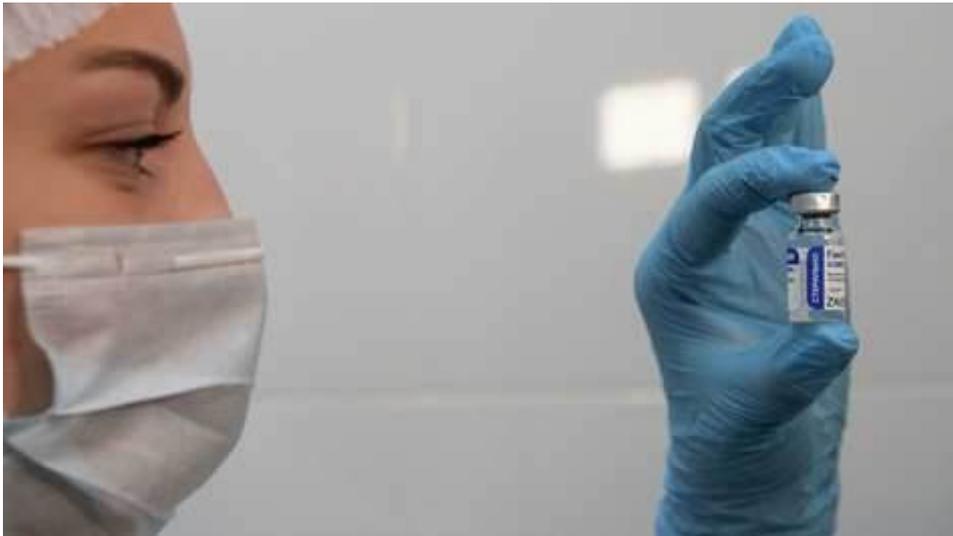
https://cdn.snanews.de/img/07e5/01/06/407576_0:0:785:442_1440x0_80_0_0_cf1ab39ac9fa4123ec48a9c789197cb3.jpg

Neben Indien wollen auch Länder wie China, Brasilien, Kasachstan oder Belarus Sputnik V in Lizenz selbst produzieren. Die Republik Nordkorea will gar den gesamten Eigenbedarf von 150 Millionen Impfdosen ausschließlich über eine Lizenzproduktion von Sputnik V im eigenen Land abdecken.

Auch Westeuropa an Sputnik V interessiert

Inzwischen gibt es auch in Westeuropa Interesse am russischen Impfstoff. Auch wenn die EU Sputnik V bisher nicht zugelassen hat, wollen deutsche und britische Impfstoffentwickler mit den russischen Experten zusammenarbeiten. So haben sich am Montag der russische Präsident Wladimir Putin und Bundeskanzlerin Angela Merkel in einem Telefongespräch über die Möglichkeiten einer gemeinsamen Impfstoffproduktion besprochen.

Zuvor hatte bereits im Dezember der britisch-schwedische Impfstoff-Produzent AstraZenica ein Memorandum für eine Zusammenarbeit bei der Entwicklung von Impfstoffen mit dem russischen Gamaleya Research Institute unterzeichnet. Eine Kombination des von AstraZenica an der Universität Oxford entwickelten Corona-Impfstoffes, der in Großbritannien bereits zugelassen ist, mit dem russischen Sputnik V soll getestet werden. Die klinischen Studien sollen demnächst starten.



https://cdn.snaneews.de/img/07e4/0c/15/240939_0:262:2892:1889_1440x0_80_0_0_b4210f74b2b314f75f4233cb1cce9860.jpg

Mil-Inr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR I.M. Filiponenko

Nach Angaben von Beobachtern der Vertretung der LVR im GZKK wurden in den letzten 24 Stunden **keine Feuerprovokationen** von Seiten des Gegners festgestellt.

In Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen stationiert der Gegner weiter **Waffen und Militärtechnik in Ortschaften** auf von der Ukraine kontrolliertem Territorium.

In den letzten 24 Stunden hat unsere Aufklärung die Stationierung folgender Technik der ukrainischen Besatzer bemerkt:

im Verantwortungsbereich der 92. Brigade einer gepanzertes Aufklärungs- und Spähfahrzeug in der Nähe von Nowoalexandrowka und ein Schützenpanzer in der Nähe von Solotoje.

Die Einheiten der Volksmiliz beobachten ständig den Gegner, halten die Bedingungen des geltenden Waffenstillstands genau ein und sind dabei in Bereitschaft, auf Befehl des Kommandos operativ auf Änderungen der Lage zu reagieren....

snaneews.de: Iran verspricht Kürzung von Atomprogramm im Gegenzug für US-Rückkehr zum Wiener Abkommen

Trotz der Aufnahme einer höheren Urananreicherung hat Irans Präsident Hassan Rohani die Kompromissbereitschaft seines Landes bekräftigt.

Wie er am Mittwoch in einer Kabinettsitzung sagte, müsse der zukünftige US-Präsident Joe Biden den „gesetzlichen Weg“ einschlagen und die Verpflichtungen seines Landes im Wiener Atomabkommen einhalten. Sobald dies passiere, werde der Iran sein Atomprogramm vertragsgerecht wieder einschränken, sagte Rohani laut der Website des Präsidialamts.

Teheran hatte am Montag nach eigenen Angaben mit der Urananreicherung auf 20 Prozent begonnen und damit heftige Kritik aus dem Ausland geerntet. Es wird befürchtet, dass somit das Atomabkommen, laut dem der Iran Uran nur bis maximal 3,67 Prozent anreichern darf und damit von einem Atomwaffenprogramm abgehalten werden sollte, endgültig gescheitert ist.

Dem iranischen Atomchef Ali Akbar Salehi zufolge soll die nationale

Atomenergieorganisation AEOI dazu fähig sein, bis zu neun Kilogramm Uran pro Monat mit einem Anreicherungsgrad von 20 Prozent herzustellen. AEOI-Sprecher Behrus Kamalwandi behauptete sogar, dass eine Anreicherung bis zu 60 Prozent möglich sei.

Die Grundlage für die neuen Anreicherungs Schritte bildet ein neues Atomgesetz, demzufolge die AEOI unter anderem jährlich 120 Kilogramm auf 20 Prozent angereichertes Uran herstellen und lagern solle. Zwar hält Rohani das Gesetz, das in allen Punkten gegen den

Wiener Atomdeal verstößt, für unklug, muss es jedoch laut Verfassung umsetzen. Beobachter in Teheran betrachten die jüngsten nuklearen Entwicklungen als Druckmittel, um Biden zu einer Rückkehr zum Wiener Atomdeal und insbesondere zur Aufhebung der US-Sanktionen zu bewegen.

US-Präsident Donald Trump war 2018 aus dem Atomdeal ausgestiegen und hatte außerdem harte Sanktionen gegen den Iran verhängt. Diese lösten in den vergangenen zwei Jahren die schwerste Wirtschaftskrise in der iranischen Geschichte aus. Rohani rechnet damit, dass mit Biden sowohl das Atomabkommen als auch die iranische Wirtschaft gerettet werden können.



https://cdn.snaneews.de/img/07e4/0c/1a/298785_0:160:3072:1888_1440x0_80_0_0_6b0cab39379010fae213bc23ba651e57.jpg

ukrinform.de: Kyjiw: SBU deckt Neonazi-Gruppe mit Anführer „Hitler“ auf

Der Sicherheitsdienst der Ukraine SBU hat in Kyjiw eine Gruppe von Anhängern des australischen Rechtsextremisten und Terroristen, Brenton Tarrant, enttarnt.

Wie die Pressestelle des SBU mitteilte, trug ein Anführer der Neonazi-Gruppe den Decknamen „Hitler“. „Über elektronische Kommunikationsmittel und Messenger-Dienste habe er ein geheimes Netzwerk zur Verbreitung des so genannten „Manifests“ von Tarrant mit Aufrufen zur Ausübung von Terrorakten aus rassistischen und religiösen Motiven organisiert“, heißt es in der Mitteilung. Das „Manifest“ wurde laut dem SBU auch ins Ukrainisch und Russisch übersetzt und in Form einer Drucksache verbreitet. Die Außenministerien Australiens und Neuseelands hätten darauf mehrmals mit scharfer Kritik reagiert.

Bei den Durchsuchungen wurden zahlreiche Exemplare vom „Manifest“, elektronische Geräte und Symbole der Neonazis sichergestellt.

Nach Angaben vom SBU nahmen zuvor einige Personen von einem Neonazi-Milieu aktiv an der Tätigkeit der Gruppe teil. Einer der Anführer von diesem Neonazi-Milieu war ein russischer Staatsbürger, der im Sommer 2020 vom SBU festgenommen wurde.

Am 15. März 2019 hatte Brenton Tarrant bei einem Anschlag auf zwei Moscheen in Christchurch in Neuseeland 51 Menschen erschossen und 40 verletzt.

abends:

de.rt.com: Anschlagsdrohung auf US-Kapitol wegen Mordes an Soleimani

Mehrere Fluglotsen in New York haben eine Audioaufnahme erhalten, in der angedroht wurde, „ein Flugzeug in das Kapitol zu fliegen“ und dadurch die Ermordung des iranischen Generals Qassem Soleimani durch die USA zu „rächen“. Das FBI leitete eine Untersuchung ein.

„Wir werden am Mittwoch ein Flugzeug in das Kapitol fliegen. Soleimani wird gerächt werden,“ hieß es in der Nachricht laut CBS News. Sie bezieht sich auf den US-Drohnenangriff am 3. Januar 2020, bei dem der hochrangige iranische General Qassem Soleimani getötet wurde.

Es ist unklar, wer die Drohung geschickt hat. Die Regierung betrachtet die Warnung vor einem Angriff als nicht glaubwürdig, berichtet CBS News. Jedoch untersuche man das Eindringen in die Frequenzen des Flugfunks. Das FBI hat bislang keinen Kommentar abgegeben. Die Behörde sagte aber, dass sie „alle Gewaltandrohungen gegen die öffentliche Sicherheit ernst nimmt.“ Die Federal Aviation Administration sagte, sie stehe im Kontakt mit den Strafverfolgungsbehörden.

Die Quellen von CBS News glauben, dass der 6. Januar absichtlich ausgewählt wurde. Am Mittwoch soll der US-Kongress die Stimmen des Electoral College zählen. Es wird vermutet, dass die Drohung einen Angriff während dieses Prozesses andeuten sollte.

Die US-Armee hatte Soleimani und den einflussreichen irakischen Milizen-Anführer Abu Mahdi al-Muhandis am 3. Januar vergangenen Jahres bei einem Raketenangriff in der Nähe des Bagdader Flughafens getötet. Soleimani war Kommandeur der Al-Quds-Brigaden, die zu einer Eliteeinheit der iranischen Streitkräfte gehören. Er koordinierte die Aktivitäten Iran-treuer Milizen im Irak und in anderen Ländern.

Der Raketenangriff auf Soleimani hatte die Spannungen zwischen den USA und dem Iran weiter erhöht. Im Irak kam es danach mehrfach zu Raketenangriffen auf Militärstützpunkte, die von den US-Truppen genutzt werden, und auf die hoch gesicherte Grüne Zone in Bagdad. Dort liegt die US-Botschaft. Washington macht dafür die irakische Miliz Kataib Hisbollah verantwortlich, deren Chef Abu Mahdi al-Muhandis war.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.01/article/5ff5ef8f48fbef37406d3376.jpeg>